



## Ukraine: Solidarität heute – Verteidigung erst im nächsten Krieg?

**Dr. Klaus Olshausen**

**Juni 2023**

### Zusammenfassung

---

Die Ukraine, die für alle westlichen Regierungen „Teil der europäischen Familie“ ist, wird materiell und finanziell unterstützt. Aber den physischen, psychischen Kampf, den Krieg überlässt man ihr allein. Man ist erst bereit, für den „nächsten Krieg“ eine Sicherheitsgarantie ins Auge zu fassen, die – hoffentlich – einem Verteidigungsbündnis gleichkommt. Diese politische Logik muss man erst einmal verstehen, ein Land erst dann zu verteidigen, wenn es massive Zerstörung durchlitten hat. Für die Ukraine ist nach über neun Jahren Krieg nur eine schnelle Mitgliedschaft in der NATO ein glaubwürdiges Zeichen, sie künftig gemeinsam als Teil der europäischen Familie zu verteidigen. Geopolitisch und sicherheitspolitisch ist allein dies eine wirksame, Putin glaubwürdig abschreckende Maßnahme. Sie sollte deshalb in Vilnius mit einem gerafften „Membership Action Plan“ rasch vorangebracht werden.

### Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Vor dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel am 15./16. Juni 2023 konnte man noch die vage Hoffnung hegen, dass die Mitgliedstaaten der NATO der Ukraine, die sie alle „als Teil der europäischen Familie“ anerkennen, nicht überlegen, wie sie die Ukraine „näher an die NATO heranführen“, sondern klare Schritte für die kommende Mitgliedschaft der Ukraine beschließen.

Danach waren die Kommentare zum Ergebnis ernüchternd. „Trostpflaster“ und „Absage“ waren die häufigsten Worte für das „praktische Heranführen“ an Interoperabilität mit NATO-Standards und die Aussicht auf einen „NATO-Ukraine-Rat“, der natürlich keinerlei Sicherheitsgarantie beinhaltet.

Es sind vor allem deutsche Regierungsmitglieder, die während des Krieges jeden Schritt zur Mitgliedschaft in Frage stellen oder rundweg ablehnen. Der Bundeskanzler betont notwendige Sicherheitsgarantien, vermeidet aber Hinweise auf Fortschritte für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Die deutsche Regierung vermittelt den Eindruck, dass sie über die Wortwahl von Bukarest 2008 nicht hinausgehen will. Dabei sollte nach dem Beitritt von Finnland und Schweden jedem klar sein, dass die einzig wirksame Sicherheitsgarantie für die Ukraine gegenüber Russland nur die Mitgliedschaft in der Allianz sein kann. Alles andere erinnert an Budapest 1994 oder schmeckt nach "MINSK 3".

Überhaupt muss man nach über 16 Monaten brutaler russischer Aggression feststellen, dass westliche Staaten und Partner Solidarität zeigen und die Ukraine materiell und finanziell unterstützen, aber den physischen und psychisch belastenden Kampf und Krieg allein den Ukrainern, Männer, Frauen und Kinder aufbürden, wenngleich alle Unterstützer betonen, dass sie diesen Krieg auch für Freiheit und Selbstbestimmung in Europa fechten.

Der Westen muss dringend dem Eindruck entgegenwirken, dass er diesen Kampf für fairen Frieden "bis zum letzten Ukrainer" zulässt, ohne eigene militärische Kräfte gezielt zur Wirkung zu bringen. Und dies, obgleich völkerrechtlich sowohl der Artikel 51 der UN-Charta als auch die aufgrund russischer Brutalität längst ausgelöste Schutzverantwortung (R2P) angewandt werden kann. Drei immer weniger akzeptable Punkte werden angeführt, um das Ausbleiben von Aktion zu begründen.

1. Jede aktive Unterstützung der Ukraine gäbe Russland Anlass auch NATO-Staaten anzugreifen.
2. Keine Regierung will den Artikel 51 anwenden mit der Begründung, man werde dann Kriegspartei. Dies wurde dann verstärkt mit der Sorge, dies könne/würde einen "Dritten Weltkrieg" auslösen.
3. Keine Regierung glaubte/wollte für die "kollektive Selbstverteidigung" mit der Ukraine gegen den Aggressor Russland die Unterstützung ihrer Bürger (zu) gewinnen.

Die beiden ersten beiden Punkte sind Teil der seit Beginn des Krieges wirksamen Selbstabschreckung bei EU, NATO und Mitgliedstaaten. Dies führt dazu, dass alles nur reaktiv geschah und geschieht und Putin weitgehend die Initiative behält und behält.

Der dritte Punkt unterstreicht, dass alle Regierungen – allerdings in unterschiedlicher Weise – entweder selbst gar nicht entschlossen waren, den Art 51 in Anspruch zu nehmen oder – soweit sie dies für sinnvoll hielten – davor kapitulieren, die Zustimmung ihrer Bürger, Frauen wie Männer, einzuholen.



Eine nüchterne Betrachtung lässt deutlich erkennen, dass nur die klare Zusage zu einer möglichst frühen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine einen wirksamen Beitrag zu einer hinreichend glaubwürdigen „intra war deterrence“ gegenüber Russland leisten kann und wird.

Sollten die 31(32) NATO-Nationen zu diesem Schritt – mindestens mit einem gerafften „Membership Action Plan“ – nicht bereit sein, bleiben alle sonstigen Maßnahmen Ergebnis anhaltender Selbstabschreckung und Ausdruck, dass einige Regierungen einen klaren und mutigen Schritt zu einer NATO-Mitgliedschaft aus innenpolitischen Erwägungen scheuen oder gar ablehnen.

Denn wenn selbst der bisher skeptische Henry Kissinger nach dieser Aggression ein Votum für die Mitgliedschaft abgibt – auch weil die Ukraine sonst zu einem militärischen Riesen aufgerüstet werden müsste und ggf. sogar zu nuklearer Abschreckung greifen würde – sollten auch Regierungen zu neuen Wegen bereit sein als nur die Plattitüde von 2008 zu wiederholen, „Ukraine .. will become member of NATO“.

Und der Westen muss sich fragen, ob er glaubwürdig bleiben kann, wenn er der Ukraine eine neue Art Sicherheitsgarantie mit Verpflichtung zur „Verteidigung erst für den nächsten Krieg“ in Aussicht stellt und dies bisher sogar noch zu einem politischen Zankapfel macht.

Bei dieser strittigen Debatte ist es ein bemerkenswertes Zeichen, dass der französische Präsident Macron kürzlich, anders als sein Vorgänger Sarkozy 2008, „sich künftig für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sowie einen klaren Zeitplan einsetzen“ will. Damit setzen Macron und seine Regierung ihre Annäherung an die Einschätzung der zentral- und osteuropäischen Staaten fort. Hier böte sich eine Chance für die drei Länder des Weimarer Dreiecks vor Vilnius eine gemeinsame Linie zu finden, um konkrete Schritte für den Beitritt voranzubringen. Das würde erfordern, dass die Bundesregierung ihre bisherige Zurückhaltung, ja Ablehnung, revidiert. Ein solcher Schritt hätte auch Auswirkungen auf die bisherige Haltung der Biden Administration.

So könnte ein wesentlicher politischer Schritt zur „intra war deterrence“ geleistet und klar signalisiert werden, dass nach dem Ende dieses Krieges jede erneute Aggression gemeinsam abgewehrt werden würde.

Denn mit seiner brutalen, imperialen, ja genozidalen Aggression hat Putin nur noch „Anspruch“, dass sein Russland in den anerkannten Grenzen leben und von dieser Grundlage ausgehend internationale Beziehungen neu aufbauen kann.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



### Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Dr. Klaus Olshausen*